

## Haushaltsrede 2019

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Bürgermeister Klocke, sehr geehrte Vertreter der Presse!

### Zu Anfang einige Eckdaten:

Der diesjährige Haushalt ist ein Haushalt der Rekorde. So sind 3 Mio. € Kreis- und Jugendamtszulage aufzubringen. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen auf 3.4 Mio. €. Es werden 4.3 Mio. € in Baumaßnahmen investiert. Dem stehen historisch niedrige Schlüsselzuweisungen von nur 960.000 € gegenüber, die aus der guten Steuerkraft resultieren. Weiterhin bekommt die Stadt Zuwendungen für Investitionen von rund 2.3 Mio. €.

Kredite werden auch in diesem Jahr für den Kernhaushalt nicht aufgenommen. Die Kredite für das Programm „Gute Schule 2020“ sind für die Stadt tilgungs- und zinsfrei, da das Land die Kosten dafür übernimmt.

Die Schulden wurden wie seit 2010 kontinuierlich abgebaut und unterschreiten erstmals seit 2007 wieder die 1 Mio. € Grenze.

Die Liquidität der Stadtkasse ist trotz des Abflusses von 2.7 Mio. € in diesem Jahr noch gut, so dass wir, wie die Jahre zuvor, auf die Aufnahme von Kassenkrediten verzichten können.

**Steuern/ Gebühren**

Die Steuern werden nicht erhöht. Ebenso bleiben die Gebühren, bis auf die Abwassergebühr, auf dem Stand vom Vorjahr. Aber genau die Höhe der Abwassergebühr macht uns Sorge. Immer weniger Bürger müssen das Kanalnetz bezahlen. So werden dieses Jahr rd. 560.000 € investiert. In den Folgejahren werden die Investitionen nicht geringer. Da es sich um eine Pflichtaufgabe handelt, hat die Stadt keinen Spielraum die Maßnahmen zu verschieben oder abzuspecken. Um die Gebühren für unsere Bürger bezahlbar zu halten, müssen die Flächengemeinden in den ländlichen Regionen bei den Investitionen finanziell unterstützt werden.

Wir fordern daher unsere Landtagsabgeordneten Herrn Göken, Herrn Dr. Maelzer, Herrn Lürbke und Frau Beer auf, sich bei der Landesregierung für Investitionszuschüsse im Abwasserbereich für die ländlichen Flächengemeinden einzusetzen.

**Feuerwehr/ Brandschutz**

Die Investitionen in den Brandschutz ist eine weitere Pflichtaufgabe der Stadt. Hier werden ca. 870.000 € investiert. Die LG (Löschgruppe) Vörden bekommt ein neues Löschfahrzeug für 400.000 €, absolut notwendig. Die LG Bremerberg/ Eilversen bekommt ebenfalls ein neues Löschfahrzeug für rund 80.000 € und ein neues (Feuerwehrgerätehaus) FWG für 325.000 €. Das FWG der LG Löwendorf soll für 60.000 € erweitert werden.

Vorab möchte ich eines klarstellen. Wir sind stolz auf unsere Feuerwehr und wertschätzen deren freiwillig geleisteten Dienst für unsere Stadt und unsere Bürger.

Im Jahr 2019 wurden Sie oft gefordert, dafür möchte ich allen aktiven Feuerwehrkameraden meinen herzlichsten Dank aussprechen. Und Sie können sich sicher sein, dass die UWG all das unterstützen wird, was notwendig, nachhaltig und sinnvoll ist, um den Brandschutz für unsere Bürger durch Sie zu gewährleisten.

Aber kritisches Betrachten von Investitionen in die Feuerwehr darf erlaubt sein. Alternative Bauweisen, die unserer Meinung nach nachhaltiger und kostengünstiger sind, sowie Synergien im Brandschutzwesen, dürfen und müssen auch kontrovers im Rat diskutiert werden. Deswegen sind wir nicht gegen die Feuerwehr.

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, der uns alle vor 14 Tagen überrascht hat. So hat der Arbeitsschutzbeauftragte/ Sicherheitsingenieur der Stadt bei allen FWG der Stadt festgestellt, dass diese nicht der Arbeitsstättenrichtlinie entsprechen. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet die FWG baulich der Arbeitsstättenrichtlinie anzupassen. Sollte die Stadt das unterlassen, so wäre bei einem Unfall eines Feuerwehrmannes die Unfallkasse von der Zahlung befreit und der Bürgermeister sowie der Rat könnten haftbar gemacht werden.

Diese Information hat für uns zur Folge, dass wir nicht ansatzweise wissen, was auf uns finanziell zukommen wird. Daher wurden auch die geplanten Investitionen an den DGH/ FWG zurückgestellt.

### **Das X, die Unbekannte für die Finanzierung des Brandschutzes, steht im Raum.**

Es werden wohl nicht alle FWG umgebaut werden können. Denn auch der Brandschutz muss bezahlbar bleiben.

Daher waren sich alle Fraktionen sehr schnell einig, dass die Kommunalagentur, als Externe, mit der Überarbeitung/ Neuerstellung des Brandschutzbedarfsplans beauftragt wird.

Die Kommunalagentur sollte jedoch Lösungen im Brandschutzbedarfsplan mit einem unverfälschten Blick erarbeiten können, ohne dass zuvor Fakten durch die Vergabe der Planung zum Neubau in Bremerberg geschaffen werden.

Wir hätten es daher begrüßt und für sinniger erachtet, wenn mit der Auftragsvergabe zur Planung bis zum Ergebnis des neuen Brandschutzbedarfsplans durch die Kommunalagentur gewartet worden wäre. Daher hat sich die UWG im Hauptausschuss der Stimme enthalten.

Wir gehen bei dem Anbau in Löwendorf sowie bei dem Austausch des Tores am FWG in Großenbreden davon aus, dass diese Maßnahmen erst dann zum Tragen kommen, wenn der neue Brandschutzbedarfsplan vorliegt.

### **Grundschule**

Das Projekt mit dem größten Investitionsvolumen ist der Neubau unserer Grundschule. Hier werden wir in diesem Jahr 1.75 Mio. € investieren. Das Gesamtinvestitionsvolumen liegt bei prognostizierten 3,5 Mio. €. Eine hohe Summe und auch eine finanzielle Herausforderung.

Die Planung ist abgeschlossen, der Bauantrag auf den Weg gebracht, der in Kürze genehmigt wird, die Ausschreibungen vom Architekturbüro sind vorbereitet, so dass im April/ Mai mit den Arbeiten begonnen werden kann. Ich hoffe, dass die Kostentransparenz von der Verwaltung weiterhin so gepflegt wird und der Rat bei bevorstehenden Problemen rechtzeitig informiert wird.

Wir von der UWG unterstützen ausdrücklich dieses Projekt und sind fest davon überzeugt unsere GS damit zukunftssicher zu machen.

### **Kunstrasenplatz**

Die Summe von 550.000 € für den Bau eines Kunstrasenplatzes wurde vorsorglich in den Haushalt eingestellt. Die UWG steht dem Bau eines Kunstrasenplatzes grundsätzlich positiv gegenüber und anerkennt auch die Erfordernisse und Bedürfnisse unserer Vereine. Dennoch haben wir von der UWG beantragt, diese Summe aus dem Haushalt zu streichen. Warum?

**Gründe:**

Eine Umsetzung ist unserer Meinung nach in diesem Jahr nicht ansatzweise in Sicht. Die Vereine konnten sich nicht auf einen Standort verständigen und die Baukosten sind ebenfalls nicht genau bekannt. Weiterhin liegt das Ergebnis des Gutachters zum Sportstättenentwicklungskonzept noch nicht vor. Durchgesickert ist jedoch, dass keine eindeutige Priorisierung zur Standortfrage gegeben wird.

Die Förderrichtlinien für die Gewährung des Landeszuschusses sind, wie die Höhe des Zuschusses (5-fache der Sportpauschale max. 300.000€), nicht bekannt. Notwendige Kosten für Umbau- sowie Erweiterungsmaßnahmen an den Umkleidegebäuden und die Kosten zur Anschaffung von notwendigen Maschinen zur Pflege sind ebenfalls eine unbekannte Größe.

Zwischenfazit: es sind noch viele offene Fragen zu beantworten.

Auf den Haushalt hätte die Streichung der Mittel einen positiven Effekt. Der Abfluss der liquiden Mittel würde um 250.000 € reduziert. Dieses Geld wird möglicherweise für andere Projekte benötigt.

So wird der Neubau der Grundschule erst im Jahr 2020 abgeschlossen sein, so dass auch erst dann die tatsächlichen Kosten vorliegen. Auf die unbekannte Größe X der bevorstehenden Kosten für den Brandschutz möchte ich hier nochmals hinweisen. Daher unser Appell an die Vereine und an die Verwaltung:

Nutzt die Zeit bis Sommer 2020 (Fertigstellung der GS) positiv für dieses Projekt, indem die offenen Fragen zu den Baukosten, der Höhe des Landeszuschusses etc., insbesondere aber die Standortfrage geklärt werden.

**Erst dann wissen wir, ob wir uns das leisten können!**

Bereits nächstes Jahr werden wir unsere liquiden Mittel verbraucht haben. Der Finanzplan weist in 2020 ein Minus von rd. 840.000 € auf. Es kann also in absehbarer Zeit dazu kommen, dass wir Investitionskredite aufnehmen müssen.

**Daher mahnen wir zur Zurückhaltung bis Klarheit herrscht!**

**Die UWG beantrag daher die 550.000 € als strategischen Ansatz in die mittelfristige Finanzplanung in das Jahr 2021 aufzunehmen, um dann das Projekt erneut anzugehen.**

## **Breitbandausbau**

Nachhaltig und absolut sinnvoll ist die Beteiligung der Stadt am Breitbandausbau. Die Arbeiten sind vorangeschritten und liegen gut in der Zeit. Unsere Bürger, aber auch die Betriebe die nicht in den Gewerbegebieten liegen, werden spätestens ab dem 30.06.2019 das Internet mit mindestens 50 Mbit/s teilweise sogar bis 100 Mbit/s nutzen können. Die Gewerbegebiete werden komplett mit Glasfaserkabel ausgestattet sein. Das Erfordernis schnelles Internet anbieten zu können ist eine unabdingbare Voraussetzung für unsere Betriebe und unsere Bürger.

Die Stadt investiert hier 218.000 € in 5 Jahren. Das kann jedoch nur ein Anfang sein. **Das Ziel ist mittelfristig, also in 5 – 8 Jahren: Glasfaserkabel bis in jedes Haus.** Wir sind uns sehr sicher, dass in naher Zukunft weitere Förderprogramme vom Land oder vom Bund aufgelegt werden. Wenn nicht, dann sind wir aufgefordert gemeinsam mit der Stadt, den Bürgern und der GFW Konzepte zur Umsetzung zu entwickeln.

Weitere, beispielhaft aufgeführte Investitionen:

- Baumaßnahmen für die U 3 Betreuung in den Kindergärten Kollerbeck und Vörden in Höhe von 235.000 € bei einer Bezuschussung von 121.000 €
- Sanierung des Eingangsbereiches des Hallenbades sowie deren Parkplätze in Höhe von 150.000 €

- Unterhaltungsmaßnahmen in den Erhalt unserer Gemeindestraßen/ Wirtschaftswegen sowie Investitionen in zusätzlicher Straßenbeleuchtung in Höhe von ca. 160.000 €

## **Schlussbetrachtung**

Wir können der Stadt im Allgemeinen einen soliden Haushaltsentwurf attestieren, auch wenn der Haushalt 2019 nur durch die Entnahme von 275.000 € aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden kann.

Bedanken möchte ich mich bei der Verwaltung, insbesondere bei unserem Kämmerer Gregor Meier, dem Bauamtsleiter Stefan Niemann und dem ständigen Vertreter des Bürgermeisters Herrn Josef Suermann für die Unterstützung bei der Haushaltsberatung.

Mehrheitlich wird die UWG dem Haushalt 2019 nebst Anlagen zustimmen.

Josef Wolff

Fraktionsvorsitzender